

»Ich möchte jemand sein,
der tatsächlich handelt!«

Ricarda Riefling über ihr soziales und po-
litisches Engagement unter dem Motto
»Deutsche helfen Deutschen«



Seite 3

»Wir stellen das Volk nicht
hintenan!«

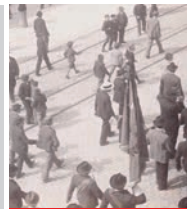
Jugendliche im solidarischen Einsatz für
bedürftige Landsleute



Seite 4

Tag der Arbeit:

**Die wechselvolle
Geschichte des 1. Mai**



Seite 7

DS

DEUTSCHE STIMME

SONDERAUSGABE ZUM 1. MAI

Der kürzlich verstorbene Historiker Rolf-Peter Sieferle beschrieb eines der drängendsten politischen Probleme unserer Zeit, indem er die Unvereinbarkeit von Sozialstaat und Masseneinwanderung wie folgt auf den Punkt brachte: »Man kann die Märkte nach außen wie nach innen liberalisieren, doch kann man nicht im Innern hohe Sozialstaatsstandards aufbauen und zugleich die Grenzen öffnen. Man handelt dann wie der Bewohner eines gutgeheizten Hauses, der im Winter Fenster und Türen weit öffnet. Wenn das zur Abkühlung führt, dreht er eben die Heizung weiter auf. Man braucht kein Energieexperte zu sein, um zu erkennen, daß dies auf Dauer nicht geht.«

DAS EIGENE VOLK ZUERST!

Fremde kassieren, Deutsche
haben das Nachsehen

WELT SOZIALAMT



Die neue Armut ist
eine Schande für
unser Land!

Genau diese Wahnsinnspolitik betreiben aber die etablierten Parteien der Bundesrepublik nunmehr seit Jahrzehnten. Das Ergebnis: Die Sozialhaushalte in Bund, Ländern und Kommunen explodieren, und dennoch leben unbeschreiblich viele Deutsche mittlerweile wieder in zum Teil großer Armut – oder sind doch zumindest vom sozialen Abstieg bedroht. Letzteres liegt vor allem an einer massiven Ausweitung des Niedriglohnsektors, einem maroden Sozialversicherungssystem und an exorbitant steigenden Kosten im Bereich »Wohnen« und »Energie«. Auf den folgenden Seiten widmen wir uns einigen sehr wichtigen sozialen Problemen der Ge-

genwart und zeigen erste Lösungsansätze auf, wie etwa in der Familienpolitik oder bei der Bekämpfung der Altersarmut. Wenn Sie mehr wissen wollen, etwa was wir Nationaldemokraten zur neuen »Energiearmut« oder einer wieder grassierenden Wohnungsnot zu sagen haben, dann nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf! Es ist höchste Zeit, daß die Deutschen sich wieder auf sich selbst besinnen und die eigenen Leute wieder Vorrang vor den Fremden genießen. In der Politik wie auch in unserem alltäglichen Handeln!

Empörend:

Rente als Almosen?

Auf dem Weg in die Armut: Die Politik
treibt viele Rentner ins Elend.

Seite 6

Sozial geht nur national!

- ✓ **Armut vermeidende Grundrente** für alle Deutschen!
- ✓ **Solidarische Volksrente:** Alle zahlen ein, ob Beamte, Politiker, Selbständige oder Angestellte!
- ✓ Ein nach Kinderzahl gestaffeltes **Erziehungsgehalt!**
- ✓ **Auf den Prüfstand:** Sozial- und familienpolitische Leistungen grundsätzlich nur für Deutsche!



**Die Tafeln sind spendenfinanzierte Hilfsorganisa-
tionen, die nicht mehr verkäufliche, aber qualitativ ein-
wandfreie Lebensmittel sammeln. Diese werden dann
kostenlos oder zu symbolischen Beträgen an Bedürf-
tige weitergegeben.**

Unfaßbar:

Asylanten stürmen die Tafeln



Nach Angaben von Tafel Deutschland e.V. gibt es landesweit 930 gemeinnützige Einrichtungen dieser Art. Wer jedoch denkt, daß sich die seit 25 Jahren bestehenden Tafeln in erster Linie verarmten oder armutsgefährdeten Deutschen verpflichtet fühlen, liegt falsch. Zumindest der Dachverband der Tafeln ist vom Virus der »Willkommenskultur« infiziert. Auf dessen Netzseite heißt es: »Zu den Tafel-Nutzern und -Helfern zählen seit Beginn ihrer Arbeit Menschen unter-

schiedlicher Herkunft, Kultur und Religion. Bei der Lebensmittelausgabe fragen Tafeln nicht, woher jemand kommt, sondern wie und womit sie der Person helfen können. Die Tafeln in Deutschland stehen für Toleranz und Vielfalt.« Seit 2015 unterstützt der Tafel-Dachverband die »Internationalen Wochen gegen Rassismus« und verabschiedete das Grundsatzpapier »Anerkennung statt Ausgrenzung. Charta gegen Rassismus und Rechtsextremismus«.

Seite 2



Stefan Paasche

Diplomlehrer (Mathematik und Chemie),
Jahrgang 1959, geboren in Schönebeck.
Berufenes Mitglied im Landesvorstand
der NPD Sachsen-Anhalt.
Von 2009 bis 2014 Mitarbeiter des Par-
lamentarischen Beratungsdienstes der
NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
und hier zuständig für die Ausschüsse
für Schule und Sport sowie Umwelt und
Landwirtschaft.

ZUR SACHE

Nobelherbergen für »Refugees«?

Stolz werden sie von den Kommunalpolitikern präsentiert: Die neu erbauten Mehrfamilien- oder Reihenhäuser, errichtet mit Fördermitteln nur für »Flüchtlinge«. Eine Nutzung durch sozial benachteiligte Deutsche ist meist ausgeschlossen, zumindest für die nächsten Jahre. Die Förder Richtlinien bestimmen das so. Die Bilder dieser Gebäude kursieren auch in den sozialen Netzwerken, begleitet von wütenden Kommentaren. Nicht wenige führen zur Sperrung der Nutzer – der Dank geht hier an Heiko Maas und seine fleißigen Helfershelfer!

Aber auch bei den Kommunalpolitikern gibt es Sorgen. Manche halten inzwischen den »Bau von Häusern speziell für Flüchtlinge« für »städttebaulich wenig ratsam, auch um weitere Neiddebatten zu vermeiden.« Es ist eigentlich nicht zu verstehen, warum für Merksls Gäste dieser Aufwand betrieben wird. Doch Verlautbarungen der »Vereinten Nationen« sprechen seit Jahren von Ansiedlungsprogrammen für Menschen aus der Dritten Welt in Europa. Die Förderrichtlinien für den Wohnungsbau stellen nur die gesetzliche Grundlage für die-

ses unrechtmäßige Vorgehen dar. Unrechtmäßig deshalb, weil auch bei uns noch das »Wohl des deutschen Volkes« Ziel der Politik sein mußte. Unrechtmäßig auch deshalb, weil es kein Menschenrecht auf Ansiedlung im Land der Träume gibt. Doch selbst wenn die »Nobelherbergen für Asylbewerber« eher Ausnahme als Regel sein dürften – ihre Bilder finden über das Netz Verbreitung auf der ganzen Welt und wecken entsprechende Wünsche. Und das ist nur ein Punkt, der schnellstens geändert werden sollte.

— Anzeige —



KOMMENTAR

Für einen echten Sozialstaat!

Ständig ist vom »Sozialstaat« die Rede. Aber was macht diesen eigentlich aus? Was ist »sozial«? Für die NPD ist die soziale Komponente eine der drei wesentlichen Säulen ihres politischen Selbstverständnisses.

Neben der nationalen Souveränität und Identität bildet die *Solidarität* das Fundament sozialer Gerechtigkeit. Dabei funktioniert soziale Gerechtigkeit nicht nur vertikal, sondern auch horizontal. Nicht nur von oben nach unten und umgekehrt, sondern auch untereinander brauchen die Deutschen wieder ein Bewußtsein für ein gemeinschaftliches Miteinander. Das wäre die Grundlage für eine echte Volksgemeinschaft.

Was wir auf jeden Fall sagen können, ist, was nicht sozial ist und was nicht im Sinne des Volkes ist. Nicht sozial gerecht ist es, wenn eine halbe Million Menschen in Deutschland obdachlos sind, während gleichzeitig Asylbewerberheime wie Pilze aus dem Boden schießen. Nicht sozial gerecht ist es, wenn in Deutschland weit über zwei Millionen Kinder in Armut leben, während gleichzeitig über den Familiennachzug von Ausländern debattiert wird. Nicht sozial gerecht ist es, wenn Millionen Deutsche ohne die Aussicht auf eine gute Rente Vollzeit arbeiten, während die Grenzen für Lohnrückkehr offenstehen. All das ist nur möglich, weil sich die Bundesregierung nicht zuerst dem



deutschen Volk verpflichtet fühlt, wie es der Amtseid eigentlich vorsieht. Die NPD will aber genau das: den Nutzen des deutschen Volkes mehren und Schaden von ihm abwenden.

Wir reden aber nicht nur, sondern wir handeln auch. Darum haben wir unter anderem in Sachsen und Rheinland-Pfalz die ersten Sozialprojekte unter dem Titel »Deutsche helfen Deutschen« ins Leben gerufen, bei denen Bedürftige Kleidung, Mobiliar und andere Gebrauchsgegenstände sehr günstig oder sogar kostenlos erhalten können. Gelebte Solidarität ist für uns Nationaldemokraten eine Selbstverständlichkeit! Wer unverschuldet in Not gerät, der soll auch auf die Solidarität der Gemeinschaft bauen können. Diese Gemeinschaft – wie der Sozialstaat als Institution – kann aber den Kreis der Empfänger nicht beliebig ausdehnen, wenn die Anzahl der Leistungsträger gleich bleibt. Darum kann ein Staat mit offenen Grenzen, der nur potentielle »Abgreifer« anzieht, nicht dauerhaft auch ein Sozialstaat bleiben. Gemeinschaft lebt von Gemeinsamkeit. Den Rahmen dieser Gemeinsamkeit bildet das Volk, und zwar selbstverständlich das *eigene*, wie schon der Titel dieser Zeitung sagt.

Frank Franz • NPD-Parteivorsitzender

KOMMENTAR



Liebe Leser, ich freue mich, Ihnen diese Sonderausgabe der Monatszeitung DEUTSCHE STIMME vorstellen zu können. Im Rahmen unserer Kampagne zum »Tag der Arbeit«, dem 1. Mai, wird sich diesmal alles um das Thema »soziale Gerechtigkeit« drehen – in Theorie und Praxis.

Die NPD hat es als einzige an nationalen Interessen ausgerichtete Partei in der Geschichte der Bundesrepublik geschafft, eine *eigene* Zeitung herauszugeben – über Jahrzehnte hinweg (seit 1976). Das ist bemerkenswert, wenn man bedenkt, daß selbst »große Volksparteien« wie SPD und CSU ihre Schwierigkeiten damit hatten, ihre Parteiblätter am Leben zu erhalten, die es in dieser Form heute nicht mehr gibt. Ihnen liegt hiermit die DS-Sonderausgabe zum 1. Mai vor, die sich auf acht Seiten aus Beiträgen der regulären *Stimme* zusammensetzt, aber auch aus exklusiv angefertigten Texten. Die reguläre DS umfaßt 24 Seiten. Politische Analysen und Hintergrundberichte aus dem In- und Ausland, Buchbesprechungen und Veranstaltungsberichte, interessante Interviews, Kultur- und Brauchtumsbeiträge, in-

Zu dieser Ausgabe

vestigative Reportagen – alles das bietet Ihnen alle vier Wochen die *DEUTSCHE STIMME*.

Insofern kann diese Sonderausgabe nur als Appetitmacher dienen. Bitte bedienen Sie sich der Bestellscheine auf den Seiten 7 und 8. Sie können dort Informationen über die NPD und die DS anfordern oder gleich ein Abonnement zeichnen. Zum näheren Kennenlernen bietet sich übrigens unser günstiges Probe-Abo an.

Noch ein Hinweis: Der Bezug der *DEUTSCHEN STIMME* setzt keine NPD-Mitgliedschaft voraus. Sollten Sie sich allerdings für eine solche entscheiden, so ist das Abo der DS kostenlos inbegriffen. Tja, und wer schon im digitalen Zeitalter angekommen ist, kann sich über unsere Netzseite deutsche-stimme.de tagtäglich mit neuen Nachrichten versorgen oder die DS als Digitalausgabe online abonnieren.

Ich hoffe, Sie schon bald in der großen Lesergemeinschaft der *Deutschen Stimme* begrüßen zu dürfen!

Peter Schreiber • DS-Chefredakteur

Fortsetzung von Seite 1

ASYLANTEN stürmen die Tafeln!

→ Jochen Brühl, Vorsitzender von Tafel Deutschland e.V., läßt sich so zitieren: »Rassismus und Fremdenfeindlichkeit führen zu Gewalt und sind eine akute Gefahr für ein friedvolles Miteinander. Wir lehnen es ab, wenn Schwache gegen Schwächste ausgespielt werden und stehen als Nährboden für rechtspopulistische Ideen und Panikmache nicht zur Verfügung.« So überrascht es nicht, daß schon kurz nach Merkmals pseudo-humanitärer Grenzöffnung Asylanten die Tafeln stürmten. Schnell kam es zu Gewalttätigkeiten seitens der »Neuankömmlinge« bei den Essensausgabestellen. Im Dezember 2015 prügelten sich Asylbewerber im niederbayerischen Regen nach einem Streit um die Gutscheine-Ausgabe. Ein Syrer schlug mit einem Regenschirm auf einen Landsmann ein, der nach einem Nasenbruch ärztlich behandelt wurde. Danach prügelten das Opfer und mehrere Begleiter auf den Täter und dessen Sohn ein, die ebenfalls Verletzungen davontrugen. Auch eine unbeteiligte Deutsche bekam einen Faustschlag ab.

Unverschämte Ansprüche

Im Völkerwanderungsherbst 2015 zog die vom Bayerischen Roten Kreuz (BRK) betriebene Tafel in Dachau viel Kritik auf sich, weil sie nicht anerkannte Asylbewerber von der Lebensmittel-Verteilung ausschloß. Die Tafel-Chefin erklärte diese Praxis mit schlechten Erfahrungen, die man mit frechen und unzufriedenen Asylanten gemacht habe. Immer wieder würden »Migranten und Moslems« Lebensmittel auf die Straße oder in den Müll werfen. »Das, was wir haben, essen die Asylbewerber ja alles nicht, die wollen Couscous und Kichererbsen«, sagte Tafel-Leiterin Edda Drittenpreis. Den Ausschluß der Asylanten von der Lebensmittelverteilung begründete sie auch damit, daß sie nicht wie andere Tafel-Nutzer jahrelang in die Sozialsysteme eingezahlt hätten. Rückendekung bekamen die Tafel-Verantwortlichen in Dachau von BRK-Landesgeschäftsführer Leonhard Stärk.

Einheimische fühlen sich benachteiligt

Dieser sagte: »Ich kann die Argumente nachvollziehen. Wir bekommen massive Probleme, weil die Einheimischen sich benachteiligt füh-

len.« Man sei schließlich auch für die Bevölkerung da, die »schon vorher da war«. Der BRK-Kreisverband Dachau erklärte im Oktober 2015: »Wir versorgen ca. 1200 Bürger aus Stadt und Landkreis Dachau, der Anteil der Bürger mit Migrationshintergrund beläuft sich auf ca. zwei Drittel. Wir weisen daher die Vorwürfe, daß wir Unterschiede zwischen Religionen oder Gruppen machen, vehement zurück. Darunter sind auch anerkannte Flüchtlinge, nur eben keine, deren Verfahren derzeit noch laufen.« Kritik übte jedoch der linksverstrahlte Bundesverband der Tafeln. Dessen Vorsitzender Jochen Brühl beklagte: »Die Ausgrenzung bestimmter Gruppen ist mit der Tafel-Idee schlichtweg nicht vereinbar und ein Verstoß gegen die Grundsätze des Bundesverbands. Panikmache und Polemik dürfen das gesellschaftliche Klima in Deutschland nicht vergiften.« Nach dieser Einlassung erklärte der BRK-Kreisverband Dachau widerstrebend, daß nun auch Personen im laufenden Asylverfahren Lebensmittel bekämen. Im letzten Jahr gab es bei vielen Tafeln Probleme mit Asylforderern.

Spenden reichen nicht mehr aus

Die Einrichtung in Schopfheim im Landkreis Lörrach teilte mit, daß keine neuen Kunden mehr angenommen werden könnten, weil die gespendeten Lebensmittel für die wachsende Zahl von Abnehmern nicht mehr ausreiche. Tafel-Vorständlerin Brigitte Leisinger sagte, daß an den Ausgabestellen immer mehr Asylbewerber auftauchten. Von 830 versorgten Personen seien mittlerweile 430 »Flüchtlinge«. Auch die Chefin der Ilmenauer Tafel machte katastrophale Zustände durch den Asylantenansturm öffentlich. Lebensmittel würden bei Nichtgefallen demonstrativ weggeworfen, das weibliche Personal verbal beleidigt und körperlich attackiert. Auch wurde gestohlen. Tafel-Chefin Christel Satzke, die selbst schon angegriffen wurde, kritisierte den fehlenden Respekt männlicher Asylanten gegenüber ihren Kolleginnen. Von den 521 Bedarfsgemeinschaften, die zu diesem Zeitpunkt die Ilmenauer Tafel nutzten, waren 215 Asylantenfamilien. Überall bleiben alleinerziehende deutsche Mütter, Armutsrentner und Arbeitslose auf der Strecke, weil wohlversorgte Asylanten noch Zusatzgeschenke abgreifen wollen. **Moritz Altmann**

NPD

Das sozialpolitische Wollen der NPD

In der Schriftenreihe Profil (Nr. 15) ist eine Broschüre des NPD-Parteivorstandes mit dem Titel Soziale Gerechtigkeit erschienen. Hier sind die wichtigsten Forderungen der Nationaldemokraten zu diesem Thema zusammengefaßt. Vorangestellt ist eine umfassende Lage-Analyse.

Sie können die Broschüre unter der Internet-Adresse npd.de/Sozialbroschuere-2016.pdf abrufen oder beim Materialdienst der NPD bestellen:

**NPD - Materialdienst
Seelenbinderstr. 42
12555 Berlin**

**Tel.: 030 / 650 11 0
Fax: 030 / 650 11 140**

E-Mail: info@npd-materialdienst.de





Von Pirna bis Pirmasens, also in vielen Regionen Deutschlands, organisieren die Nationaldemokraten unter dem Motto »Deutsche helfen Deutschen« Hilfsprojekte für unsere Landsleute.

In Sachsen ist es die »Soziale Aktion Sachsen«, in Thüringen das »Flieder Volkshaus« und in Pirmasens, Rheinland-Pfalz, ist es das Müttercafé des Rings Nationaler Frauen (RNF), um nur einige Beispiele zu nennen.

Wir sprachen mit **Ricarda Riefling**, Parteivorstandsmitglied der NPD und stv. Vorsitzende des RNF über ihr soziales und politisches Engagement.



»ICH MÖCHTE JEMAND SEIN, DER TATSÄCHLICH HANDELT.«

DS: Liebe Frau Riefling! Sie sind jetzt seit vielen Jahren in der nationalen Bewegung aktiv und engagieren sich sowohl parteipolitisch als auch sozial. Was würden Sie als Ihre innere Motivation für dieses sicher nicht immer einfache Engagement bezeichnen?

Ich bin jetzt 20 Jahre in der nationalen Bewegung aktiv. Die Zeit ist geprägt von Höhen und Tiefen. Jede Erfahrung hat mich aber weitergebracht. 2007 fand ich meine politische Heimat in der NPD. Nicht nur die Ziele der NPD überzeugen mich, sondern auch die Gemeinschaft, die ich in der Partei gefunden habe. Das hat mir immer wieder Kraft gegeben, für ein besseres Deutschland einzustehen.

Ich möchte keine Politikerin sein, die ihre Forderungen mit schönen Worten auf Plakaten oder in sozialen Netzwerken ausschmückt, sondern ich möchte jemand sein, der tat-

sächlich handelt. Die NPD ist eine Kümmerer-Partei. Hier geht es nicht nur um theoretische Lösungsansätze, sondern man packt einfach an. Und da mir die sozialen Aspekte sehr wichtig sind, engagiere ich mich tatkräftig in den passenden Projekten der Partei, die schon viele Jahre bestehen.

DS: Sie sind auch Mutter von vier Kindern. Wie vereinbaren Sie Ihren, manchmal ja auch nicht immer gänzlich ungefährlichen, politischen Einsatz mit Ihrer Verantwortung als Mutter?

In erster Linie bin ich Vollblut-Mutter. Meine familiären Pflichten ziehe ich grundsätzlich der politischen Aktivität vor. Aktionen, bei denen ich weiß, daß diese sehr gefährlich werden können, meide ich aus der von Ihnen angesprochenen Verantwortung heraus. Aber das Risiko, welches ich jedes Mal bei öffentlichen Auftritten ausgesetzt bin, nehme ich

auch aus Verantwortung gegenüber meinen Kindern auf mich. Ich möchte nicht zusehen, wie dieses Land den Bach runtergeht, in dem meine Kinder und Kindeskindestkinder künftig leben müssen. Ich will mir immer sagen können, daß ich alles für eine bessere Zukunft gegeben habe. Es war in der Vergangenheit nicht einfach, wenn sich antifaschistische Proteste bis vor die Haustür zogen, aber das passiert auch Männern, deren Familien das leider manchmal miterleben müssen. Das ist wohl die bittere Pille, die wir alle schlucken müssen.

DS: Wie schon angesprochen, sind Sie neben Ihren Tätigkeiten im Ring Nationaler Frauen und in der NPD auch sozial sehr engagiert. Welchen Stellenwert sollte nicht nur die Sozialpolitik, sondern auch die konkrete Hilfe für bedürftige Deutsche Ihrer Meinung nach innerhalb der NPD einnehmen?

In dieser Zeit ist die Hilfe, die wir für bedürftige Deutsche leisten, wohl unser wichtigstes Aufgabenfeld. Nicht nur, daß wir Gutes tun, nein, wir lernen Menschen kennen und verstehen. Das garantiert uns eine ganzheitliche Sicht auf die vielen verschiedenen Probleme, mit denen unser Volk zu kämpfen hat. Die Themen, mit denen wir bei der praktischen Hilfe konfrontiert werden, lassen uns das sehen, wofür die etablierten Politiker in den Parlamenten blind sind. Nur, wer die Deutschen, denen es nicht gut geht, direkt vor sich hat, der weiß auch, was sich wirklich ändern muß. Vor Ort die Menschen zu unterstützen, ist wahrhaftige Realpolitik.

DS: Bei Ihnen vor Ort, in Pirmasens, setzen Sie das ja schon ganz konkret um, beispielsweise mit dem »Müttercafé« des RNF. Wie oft hat diese Einrichtung geöffnet und was genau haben wir uns darunter vorzustellen?

Pirmasens ist die ärmste Stadt in Deutschland. Es gibt hier viele alleinerziehende Mütter und Väter und sehr viele Kinder, die in schlimmer Armut leben müssen. Die ehemalige Industriestadt hat bis heute keinen Mietspiegel, was auch dafür sorgt, daß die Wohngegebenheiten oft sehr schlecht sind. Finanzielle Probleme und die Wohnsituationen führen zwangsläufig zu einer Perspektivlosigkeit. Ich habe mich daher entschlossen, in der hier ansässigen Landesgeschäftsstelle einen Treffpunkt für Mütter einzurichten, der eine Anlaufstelle für Hilfe in sozialen Fragen und in praktischer Hilfe ist. Anfangs lief mein Projekt sehr schleppend. Nur sehr wenige Mütter nahmen mein Angebot an. Doch das Durchhaltevermögen meiner Mitstreiterinnen und mir hat sich ausgezahlt. Seit 2014 treffen sich einmal die Woche Mütter, aber auch Väter mit ihren Kindern in den Räumlichkeiten der NPD. Dort helfen wir bei Anträgen,

besorgen passende Kleidung und Möbel. Die Männer von uns rücken oft aus, um gespendete Waschmaschinen zu tauschen oder Kinderzimmer zu tapezieren.

Unser Programm ist ebenfalls sehr abwechslungsreich. Sobald wir Probleme erkennen, wo wir einwirken können, setzen wir das direkt um. So haben wir schon gemeinsam mit einem Zahnarzt einen erheiternden Nachmittag erlebt, wo es rund um die Zahnpflege bei Kindern ging.

Jeden Mittwoch vor der Bürgersprechstunde der NPD öffnen wir um 15 Uhr und bieten auch ein kostenloses Mittagessen an. Zusatztreffen gibt es ebenfalls, wenn wir gemeinsam basteln oder wandern gehen. Dank einem Spender konnten wir auch gemeinsam einen Zoobesuch für unsere Familien ermöglichen.

Einem weiteren Gönner haben wir zu verdanken, daß unsere zehn Stammkinder im Dezember, teilweise zum ersten Mal, einen Kinobesuch machen konnten.

Unser Ziel ist es, mit Hilfe von Spendern das Ganze weiter auszubauen.

DS: Sie bieten darüber hinaus aber auch eine Bürgersprechstunde an. Mit welchen Anliegen kommen die Bürger zu Ihnen, wie können Sie helfen und an wen richtet sich dieses Angebot?

Die Bürgersprechstunde findet jeden Mittwoch von 19 Uhr bis 21 Uhr statt und richtet sich an alle Deutschen. 2009 rief unser NPD-Stadtrat Markus Walter diese ins Leben und bringt seine Aufwandsentschädigung, die er als Mandatsträger erhält, vollständig ein. Das ermöglicht uns, kostenlose Getränke anzubieten. Mittlerweile kommt auch hier eine Stammbesetzung aus elf Leuten zusammen, die einfach nur Gemeinschaft sucht. Zusätzlich kommen Bürger, die Probleme mit den Behörden haben oder sich über irgend etwas in der Stadt ärgern. Markus Walter trägt dann die Kritiken, Anfragen oder Wünsche direkt in den Stadtrat. Niemand hier ist so bürgernah, wie wir es sind. Die Bürgersprechstunde ermöglicht uns die laute Stimme derer zu sein, die nicht gehört werden.

Neben sozialen Angelegenheiten geht es aber auch sehr politisch zu. So gibt es immer einen Wochenrückblick in Bild und Ton, aus dem immer interessante Diskussionen entstehen. Viele unserer Besucher haben kein Internet und erfahren so Gegebenheiten, die man nicht aus den gängigen Nachrichten erfährt.

DS: Wie werden diese Hilfsangebote angenommen? Unsere Erfahrung in Sachsen ist die, daß es eine Weile dauert, bis die Leute sich trauen, Hilfe überhaupt anzunehmen. Wenn die Scheu aber einmal überwunden ist, dann spricht sich das herum und man verfügt bald über einen festen Stamm an »Kunden«, zu denen sich immer wieder auch neue Gesichter hinzugesellen. Welche Erfahrungen haben Sie diesbezüglich gemacht?

Wie ich schon beim Müttercafé erwähnte, hat es schon eine Zeitlang gedauert, bis das Angebot wahrgenommen wurde. Mit Flugblättern, die darauf aufmerksam machten, habe ich leider nicht viel erreicht. Erst bei Infotischen, die hier regelmäßig in der Fußgängerzone

stattfinden, gelang es uns, den Bürgern die Scheu zu nehmen. Der persönliche Kontakt war ausschlaggebend.

Die Bürgersprechstunde wurde anfangs ausschließlich von eigenen Leuten aufgesucht. Aber auch hier änderte es sich, als sich herumsprach, daß wir oft helfen können. Meine ersten Bürger, die vorher keinen Kontakt zur NPD hatten, kamen, weil die Hundesteuer für ihren Listenhund nicht aufgebracht werden konnte. Wir haben tagelang alles getan, um den Vierbeiner vor dem Tier-

DS: Unsere »Soziale Aktion Sachsen« in Riesa versteht sich nicht nur einseitig als Hilfsangebot für Bedürftige, sondern als eine Art Tauschbörse, über die Deutsche sich finden sollen, um sich gegenseitig unter die Arme zu greifen. Außerdem wollen wir uns nicht nur an Bedürftige im engeren Sinne richten. Auch die Mittelschicht leidet ja zunehmend unter Abstiegs- und Existenzängsten und – ganz real – auch unter einer sehr hohen Steuer- und Abgabenlast. Wie sehen Sie das?



Runder Tisch für praktizierte nationale Solidarität!

heim zu bewahren, was uns auch gelungen ist.

DS: Der Beratung in Finanz-, Steuer oder Sozialangelegenheiten sind ja enge rechtliche Hürden gesetzt. Also wird es wohl vornehmlich Hilfe zur Selbsthilfe sein, die Ihr leistet?

Das Wissen was wir haben, setzen wir um und schreiben hauptsächlich Anträge an das Jobcenter, die der Hilfebedürftige dann nur noch einreichen muß. Das Ausfüllen von Anträgen ist mittlerweile zur Routine geworden. Wenn wir aber an einem Punkt sind, wo wir nicht mehr weiterkommen, vermitteln wir einen Rechtsanwalt, der in Abstimmung mit uns die rechtlichen Schritte einleitet.

DS: Wie sieht es mit Behördengängen aus? Wie kann noch Hilfe organisiert werden?

Sehr oft gehen wir mit zum Amt. Allein unsere Anwesenheit ermutigt Hilfebedürftige, und es zahlt sich aus, wenn man einen Zeugen dabei hat. Hauptsächlich findet man uns beim Jobcenter oder Krankenkassen wieder. Wir haben in unseren Reihen Viele mit einem Steckenpferd, wenn es um Rente, Familienförderung oder andere Sozialleistungen geht.

Wir haben uns ein kleines Netzwerk aufgebaut. Sei es der Heizöllieferant oder Dachdecker. Wir rufen ständig in Rundbriefen dazu auf, sich gegenseitig zu helfen. Bisher klappt das sehr gut. Wir möchten, daß die Mitglieder in unserem Netzwerk gegenseitig auf sich zurückgreifen. Darüber lernen wir weitere Unternehmen kennen. Auch wer was abzugeben hat, kann dies über uns machen. Wir fragen solange, bis sich der passende Empfänger gefunden hat. Ziel ist es, eine Gemeinschaft zu bilden, die unabhängig von äußeren Umständen existieren kann.

DS: Nochmal eine praktische Frage. Wenn die Leute Euch etwa sagen, Sie benötigen Möbel für eine Wohnungseinrichtung, z.B. eine junge Mutter, die nicht weiß, wie sie das alles finanzieren soll. Wie organisiert Ihr das?

Erstmal überprüfen wir, ob irgendeine staatliche Stelle dafür aufkommen kann. Oft wissen die Leute nicht, was ihnen wirklich zusteht. Sollte das nicht erfolgreich sein, ist das für uns kein Problem. Die Spendenbereitschaft hier ist enorm. Es gibt immer einen, der ein Bett oder Schrank loswerden will. Sobald wir davon erfahren, holen wir das ab und lagern es ein. Es gibt Menschen, die wollen einfach was bequem loswerden. Und andere können das gebrauchen. Bisher haben wir alles organisiert, von einem Bett bis hin zum Kühlschrank.

DS: Wenn man an soziale Notlagen denkt, dann hat man oft immer noch vorrangig den Osten der Republik vor Augen. Zum Beispiel strukturschwache Regionen wie Görlitz, wo jetzt au-

ßerdem durch angekündigte Werksschließungen die Arbeitslosenzahlen noch einmal enorm in die Höhe schnellen könnten. Sie sind mit Ihrem Projekt aber in Pirmasens, also im Westen aktiv. Welcher Bedarf besteht dort überhaupt für eine solche Einrichtung?

Anfangs habe ich bereits erwähnt, daß Pirmasens die ärmste Stadt in Deutschland ist. Bekannt wurde der pfälzische Ort durch die Schuhindustrie. Man kann Pirmasens als eines der ersten Globalisierungsoffer sehen. Es ging ganz schnell, daß die Schuhproduktionen ins Ausland, hauptsächlich in asiatische Länder, verlagert wurden. Zurück blieben sehr viele Menschen ohne Arbeit. Da sich hier so gut wie kein anderer Industriezweig gebildet hat, blieb den Menschen hier nichts anderes übrig, als auf Sozialleistungen auszuweichen. Die seit Generationen andauernde Armut hat zur Verrohung und Perspektivlosigkeit geführt. Pirmasens ist ein Paradebeispiel für das sozial – und wirtschaftspolitische Versagen des Staates.

DS: Die Hilfs- oder Selbsthilfeangebote, die im Umfeld der NPD angesiedelt sind, richten sich ja ausdrücklich an Deutsche. Fällt diese Verbindung der sozialen mit der nationalen Frage in einer Stadt wie Pirmasens auf fruchtbaren Boden? Auch politisch gesehen?

Ja, das tut es. Gerade in Zeiten der Asylkrise wird den meisten Deutschen bewußt, daß fremde Einwanderer bevorzugt werden. Hier gibt es viele Selbständige, die nicht einmal krankensichergestellt sind, während es sogenannten Asylsuchenden automatisch und das ganz kostenlos zusteht. Taxifahrer berichten, daß sie Neuankömmlinge auf Staatskosten umherfahren, während es für bedürftige Deutsche nicht mal ein kostenloses Busticket gibt. Auch die sozialen Angebote der Stadt richten sich vordergründig an »Flüchtlinge«. Ein Zustand, dem die NPD entgegentritt. Die Nationaldemokraten schreiben sich hier ganz klar das Motto »Unser Volk zuerst« auf die Fahne und handeln danach auch.

Abschließend möchte ich noch sagen, daß sich niemand schämen braucht, soziale Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die Bundesrepublik gibt so viel Geld für fremde Interessen aus. Kein Deutscher sollte aus Scham auf ihm zustehende Leistungen verzichten!

DS: Besten Dank für das interessante Gespräch, Frau Riefing, und die Anregungen, die Sie unseren Lesern damit sicher geben konnten. Viel Erfolg bei Ihrer weiteren Arbeit!

Das Gespräch führte DS-Chefredakteur Peter Schreiber

JUGEND PACKT AN

DU - ICH - WIR



Nicht nur mit Augen für sich selbst durch das Leben zu gehen, sondern sich für seine Nächsten einzusetzen ist eine Tugend, die jedem deutschen Landsmann, besonders aber den Politikern als sogenannte Volksvertreter, innewohnen sollte. Betrachten wir jedoch die Realität, so werden wir in dieser Hoffnung maßlos enttäuscht.

Binahe täglich erleben wir die Auswüchse einer bis ins Mark asozialen und verantwortungslosen Familien- und Sozialpolitik, erfahren doch besonders die Hilfsbedürftigen in unserem Volk Degradation und Ausgrenzung. In jeder größeren Stadt sehen wir Tafel und andere caritative Einrichtungen, während dieses Jahr weitere 100.000 Asylflüchtlinge nach Deutschland strömen. Doch die Gelder sind erschöpft. Mieten, Strom- und Gaspreise, diktiert von riesigen, privaten Konzernen, zwingen unsere Landsleute immer weiter in die Knie, während sich die Politbuzzen und Börsenspekulanten an ihren reich gedeckten Tischen fett fressen. Soziale Themen werden von fast allen politisch wahrnehmbaren Parteien nicht nur ignoriert, sondern sie tragen auch die Verantwortung für die gravierenden sozialen Probleme in diesem Land. Hier gilt es, Taten statt Worte sprechen zu lassen! Wir schauen nicht weg, gehen nicht den einfachen Weg des Schweigens. Gemeinsam mit Euch stellen wir uns gegen die Mißstände im Land.

Deshalb unterstützen wir Junge Nationalisten (JN) das soziale Projekt »Jugend packt an«.

Daß man auch mit wenig Geld, dafür aber einer ordentlichen Portion Idealismus etwas bewegen kann, wollen wir aufzeigen und Euch zum Mitmachen motivieren.

Die Jungen Nationalisten (JN) sind die nationale Jugendorganisation in Deutschland. Nur wir arbeiten deutschlandweit nach den gleichen Grundsätzen und bilden Strukturen in allen Teilen unserer Heimat. Dabei arbeiten wir nach politischen Eckpfeilern, die unsere lokalen Gruppen auf ihre Art umsetzen. Gemeinschaft, Bildung, Aktivismus!

Weil bei dem Projekt eben Gemeinschaft und Aktivismus mitschwingt, paßt dies genau in unsere Profil.

Gemeinschaft und Aktivismus heißt, den Kampf um die Straße zu führen. Wir wollen die Jugend für unsere Anschauungen gewinnen. Sie muß aus der Gleichgültigkeit gerissen werden und wieder bereit sein, die Geschicke unseres Landes aktiv zu gestalten. Mit kreativen, witzigen und bewährten Methoden greifen wir in das politische Geschehen ein und ergänzen damit die parlamentarische Arbeit unserer Mutterpartei, der NPD.

JPA unterstützt jene Landsleute, die in Zeiten zunehmender sozialer Ungerechtigkeit kaum Unterstützung erhalten. Unser Hauptaugenmerk gilt allerdings jungen deutschen Familien. Ihnen wollen wir eine kleine Stütze sein, Lebensmittel, Kleidung, Spielzeug und Beratung anbieten. Hilfe bei den Hausaufgaben sowie Grundwerte vermitteln. Das macht das soziale Projekt für uns als JN aus. Wir wollen ganz nah am Menschen sein, bis sich diese katastrophale Familienpolitik ändert! Es gibt viele Möglichkeiten, der Heuchelei der Politik handfeste Solidarität entgegen zu stellen. Pack mit an! **Junge Nationalisten**



Interessiert an der Arbeit der JN oder des Projektes »Jugend packt an«? Dann nimm jetzt Kontakt auf:

Junge Nationalisten
Geschwister-Scholl-Str. 4 • 01591 Riesa

ZUR PERSON

Ricarda Riefing, geboren 1983 im niedersächsischen Peine, ist Mutter von vier Kindern. Sie lebt heute im rheinland-pfälzischen Pirmasens.

2005 Ausbildung zur Sozialassistentin für Haus und Familienpflege. 2005 Abitur auf dem Abendgymnasium.

Im Jahr 2006 Eintritt in den Ring Nationaler Frauen, 2007 Eintritt in die NPD.

2012 Studium der Kulturwissenschaften (B.A.).

Seit 2011 Mitglied im NPD-Parteivorstand.

Hüpfburg, Glücksrad, Karussell: Mit ihren Kinderfesten sorgen die NPD-Verbände in Mecklenburg und Pommern auch über die Landesgrenzen hinaus für große Beachtung.

Lutz Dessau

Ob nun Anklam, Grevesmühlen, Neustrelitz, Stralsund oder auch Ueckermünde – stets wurde und wird dabei ein altes nationales Motto mit Leben erfüllt: »Unsere Kinder sind unsere Zukunft – also kümmern wir uns um sie!« Viele Eltern und Großeltern, die mit ihrem Nachwuchs die Veranstaltungen besuchen, fühlen sich dabei unwillkürlich an die eigene Kindheit erinnert. Gewiß: Damals gab es in vielen deutschen Städten noch Spielstraßen. Auch steckte die technische Entwicklung mit ihren diversen Ablenkungsmöglichkeiten rund um den Computer noch in den Kinderschuhen. Die Gefahr, daß Generationen von Stubenhockern herangezogen werden, war kaum gegeben.

Doch auch heute lassen sich mit Idealismus und Hingabe ohne Wenn und Aber kindgerechte Veranstaltungen organisieren. Die NPD-Verbände in M/V liefern dafür die besten Beweise. Von parteiunabhängigen Strukturen unterstützt sowie mit Spenden von Eltern und Unternehmen gelang es immer wieder, ansprechende Feste für Kinder auf die Beine zu stellen. Leuch-



Kinderfeste und soziale Projekte als Bedrohung für die Demokratie?

Unter dem Motto »Deutsche helfen Deutschen« haben sich in den letzten Jahren an zahlreichen Standorten in ganz Deutschland entsprechende Initiativen gebildet.

tende Kinderaugen sind dabei der schönste Lohn. CDU-Landesinnenminister Lorenz Caffier entblödete sich dabei nicht, jene Veranstaltungen in seine Materialsammlung für das letzte NPD-Verbotsverfahren aufzunehmen: Kinderfeste als

Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung – jeder macht sich eben so lächerlich, wie er nur irgend kann. Anklangs Bürgermeister Michael Galander verbot vor einigen Jahren gar ein Kinderfest – und bekam dafür frei Haus

eine nationale Protest-Demo serviert. Mittlerweile sprießen im Umfeld der NPD in ganz Deutschland Projekte aus dem Boden, die vor allem eines im Sinn haben: Deutschen Familien Unterstützung zu leisten, unsere Landsleute zusammen-

zuführen und die Gemeinschaft wiederzubeleben. So auch im thüringischen Eisenach, wo die Mannschaft des »Flieder Volks- haus« um Patrick Wieschke herum als Anlaufstelle für Deutsche jeder Altersklasse und sozialen Schicht dient. Wer hier

berechtigerweise Hilfe sucht, wird nicht abgewiesen. Ebenso im Müttercafé in rheinland-pfälzischen Pirmasens oder im Gebäude des Deutsche-Stimme-Verlages, dem »Haus Wieland« im sächsischen Riesa, wo die Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Meißen, Ines Schreiber, die »Soziale Aktion Sachsen« am Laufen hält, die sich mittlerweile zu einer festen Institution entwickelt hat.

Zurück nach M-V: Die eigentliche Geburtsstadt der nationalen Kinderfeste in »Meck-Pomm« ist Greifswald. Es folgte 2002 Stralsund, wo bis heute Jahr für Jahr in der zentrumsnahen Brunnenau, einem weitläufigen Parkgelände, die vom NPD-Kreisverband Nordvorpommern organisierten und von Nachbarverbänden unterstützten Veranstaltungen für Kinder durchgeführt werden. Die jüngste Auflage ging im September des vergangenen Jahres über die Bühne. Und auch 2018 wird es wieder heißen: Hüpfburg, Glücksrad, Karussell – auf zum NPD-Kinderfest!

Kontakt:

Sie benötigen Unterstützung oder wollen sich in die bundesweite Kampagne »Deutsche helfen Deutschen« selbst einbringen? Dann nehmen Sie Kontakt auf:

NPD Parteizentrale

z.H. Bundesorganisationsleiter
Stichwort »Deutsche helfen Deutschen«
Seelenbinderstr. 42
12555 Berlin

- Anzeige



Frank Franz
(Parteivorsitzender NPD)



Udo Voigt (MdEP)



Thorsten Heise (stellv. Parteivorsitzender NPD)



Sascha Krolzig
(Die Rechte)



Sven Skoda
(Freier Aktivist)



Sebastian Schmidtke
Moderation

ORT: Erfurt Hbf (Willy-Brandt-Platz)

WANN: 1. Mai 2018 – 12:00 Uhr

Mit Liedermacher Zeitnah aus Thüringen. Weitere folgen.

Informationen über den Bundesorganisationsleiter
Sebastian Schmidtke: organisation@npd.de

Noch geht es den deutschen Rentnern im allgemeinen gut. Doch mit dem Übergang der geburtenstarken Jahrgänge ab 2030 in die Rente zeichnet sich ein anderes Bild ab. Eine nicht gekannte Armut wird zum Normalbild unter den neuen Rentnern werden. Selbst ein langes Arbeitsleben reicht dann oft nicht mehr aus, um eine anständige Rente zu bekommen. Beamte sind unverhältnismäßig bessergestellt.

Michael Mayer

Wenn seine Rente nicht zum Leben reicht, der muß in Deutschland Grundsicherung beziehen. Die Zahl der Empfänger stieg rasant: Zwischen 2003 und 2005 um 40 Prozent, zwischen 2004 und 2014 sogar um mehr als 50 Prozent auf mehr als eine halbe Million. Experten vermuten aber, daß die Zahl fünfmal höher liegt, weil viele Rentner zwar einen Anspruch hätten, sich aber schämen würden, einen Antrag zu stellen. Aktuell sind es deshalb zwar offiziell nur rund drei Prozent aller Rentner, die diese Leistung beziehen, doch das wird sich ändern: »Im Jahre 2030 wird jeder zweite Rentner nur noch eine Rente in Höhe von Hartz IV bekommen«, prognostiziert Rentenexperte Professor Meinhard Miegel. Und das ist nicht alles. Wer arm ist, stirbt auch früher, so das Max-Planck-Institut: »Wohlhabende Rentner leben ungefähr fünf Jahre länger als arme.« So haben arme Rentner nicht nur weniger Rente, sondern am Ende eine geringere Lebenserwartung.

Steigende Verschuldung

Auch die Zahl der Rentner, die verschuldet sind, steigt massiv. So waren im Jahre 2017 von fünf verschuldeten Personen vier über 50 Jahre alt. In Deutschland sind 700.000 Rentner überschuldet, Anzeichen einer mit großen Schritten voranschreitenden Altersüberschuldung. Verdoppelt, auf 350.000, hat sich in den vergangenen zehn Jahren auch die Zahl der Rentner, die von den Tafeln mit Lebensmitteln versorgt werden müssen. Jeder vierte Tafelbesucher ist mittlerweile im Rentenalter.

Als Startschuß für diese Entwicklung ist die rot-grüne Regierungspolitik während der Jahre 1998 bis 2005 zu nennen. Diese Koalition des sozialen Schreckens senkte die Rente von 52,9 Prozent auf aktuell 48,2 Prozent. Aus diesem Grund muß ein durchschnittlich verdienender Arbeitnehmer jetzt fast 40 Jahre in die Rentenkasse einzahlen, um eine Rente zu erhalten, die nur knapp über der Grundsicherung liegt. Zusätzlich ausgelöst durch diese Politik stieg die Zahl der Minijobs und Teilzeitstellen. Gab es im Jahre 2006 noch rund 740.000 Minijobs, waren es 2016 schon mehr als eine Million, ein Anstieg von fast 40 Prozent. Diese Men-



schen erwirtschaften zwar Geld für die Unternehmer, sorgen mit für den sogenannten Aufschwung, erhalten aber so gut wie keinen Rentenschutz für ihre Arbeit; und letztlich versäumte es die rot-grüne Koalition auch nicht, den Beitrag der Arbeitslosen zur Rentenversicherung fast auf Null zu kürzen. Auch die Frauen leiden unter dieser Politik: Ihre Renten liegen im Durchschnitt 46 Prozent niedriger als die der Männer (Stand 2017). Auch hier sind andere Länder weiter, der OECD-Durchschnitt liegt bei 27 Prozent. Die Armutsgefährdung für alleinstehende Frauen ist in Deutschland in den vergangenen Jahren von 16 auf 28 Prozent angestiegen.

Privilegierte Pensionäre

Aber nicht alle Gruppen verarmen im Ruhestand. Angehörige des öffentlichen Dienstes zum Beispiel greifen oft Luxuspensionen ab, die mit einer Lebensleistung nicht mehr zu erklären sind. So kosten die rund 24.000 Pensionäre der öffentlich-rechtlichen Sender den Steuerzahler von 2016 bis 2020 rund 3,4 Milliarden Euro, pro Jahr macht das für jeden (Zwangs-)Beitragszahler etwa 14 Euro (Stand 2017). Das ist dann selbst den Verantwortlichen zuviel geworden. Peter Clever, Verwaltungschef der Deutschen Welle, wollte, daß diese üppigen Pensionen (bereits nach 26 Jahren Beschäftigung gibt es die Höchstpension, dazu steigt die Betriebsrente wie die Löhne) nur noch um maximal ein Prozent pro Jahr erhöht werden. Da hatte er die Rechnung ohne die Gewerkschaften gemacht. Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi stellte sich quer. Verdi-Verhandlungsführer Matthias von Fintel in der *Bild*: »Das sind zugesagte Leistungen, die man nicht einfach beschneiden kann.« Das sieht Verwaltungschef Clever anders: »Die Gewerkschaften verteidigen eine aus der Zeit gefallene Luxusversorgung zulasten der jungen Generation.« Den Vorteil, daß die Renten an die Lohnentwicklung gekoppelt sind, haben die »normalen Rentner« nicht.

Ihre Renten wachsen nach anderen Parametern.

Besonders ausgeprägt ist die Selbstbedienungsmentalität der herrschenden politischen Klasse. Nach vier Jahren erwerben Regierungsangehörige einen Anspruch in Höhe von 27,74 Prozent des letzten Amtseinkommens. Ein Minister erwirbt auf diese Weise bereits im ersten Jahr einen Pensionsanspruch von mehr als 1000 Euro monatlich. Normale Abgeordnete erhalten 2,5 Prozent ihrer Diäten (in 2017: 9542 Euro)

ren nur 1448 Euro. Zudem bekommt ein Beamter nach fünf Jahren eine Mindestpension in Höhe von 1660 Euro, ein Rentner muß nach der gleichen Zeit in der Regel Grundsicherung beantragen. Mehr als 90 Prozent der Beamten erhalten Pensionen von mehr als 1800 Euro. In der gesetzlichen Rentenversicherung sind es gerade mal sieben Prozent, die solch eine Summe erhalten, bei den Frauen sogar nur 0,4 Prozent. Zudem gehen die Beamten im Durchschnitt bereits mit

ner in Deutschland, rund sechs Millionen, bekommt weniger als 500 Euro Rente, und rund 13 Millionen bekommen bis zu 1000 Euro Rente. Der deutsche Durchschnitts-Rentner verfügt damit über 13 Prozent weniger Geld als der normale Arbeiter. Das ist nicht überall in der EU so. In Griechenland, Rumänien, Spanien, Italien oder Frankreich liegen die durchschnittlichen Rentenniveaus oberhalb dessen, was ein Arbeiter verdient. Natürlich muß man die Rente ins Verhältnis zum Lohn



In den Parlamenten ist die Selbstbedienungsmentalität besonders ausgeprägt: Nach vier Jahren erwerben Regierungsangehörige einen Anspruch in Höhe von 27,74 Prozent des letzten Amtseinkommens.

als Pension. Für jedes Jahr Bundestag gibt es so später rund 240 Euro Pension monatlich. Zum Vergleich: Ein Durchschnittsverdiener, der ein Jahr lang 3092 Euro brutto im Monat verdient, erwirbt einen monatlichen Rentenanspruch von knapp 31,03 Euro (im Westen).

Da wundert es nicht, daß die Kosten für die Pensionen aus dem Ruder laufen. Der Bund mußte im Jahre 2016 insgesamt 647 Milliarden dafür ausgeben. Bei den Ländern sieht es noch schlimmer aus, sie beschäftigen die meisten Beamten. An Rücklagen sind gerade mal 14 Milliarden vorhanden. Und während das Rentenniveau für den normalen Rentner laufend sinkt, bleibt es für die Pensionäre erhalten. Auch die anderen Unterschiede sind enorm: Nach 40 Dienstjahren erhält der Beamte durchschnittlich 2219 Euro an Pension, der Rentner erhält nach 45 Jah-

62,5 Jahren in Rente, die anderen Arbeitnehmer mit 64 Jahren. Für diese Besserstellung gegenüber normalen Rentnern muß der Steuerzahler aufkommen. Da wundert es nicht, daß Beamte, statistisch betrachtet, länger leben.

Noch denkt die bürgerliche Politikwissenschaft, daß vor allem der materielle Wohlstand die Demokratie am Laufen hält. Mit anderen Worten: je reicher ein Land, desto wahrscheinlicher ist und bleibt es demokratisch. Doch das stimmt nicht ganz, denn die Demokratie wird weniger akzeptiert, wenn die Schere zwischen Arm und Reich sich zu weit geöffnet hat, und das betrifft auch die Renten: Wenn wenige viel Rente und viele bald wenig Rente bekommen, dann hat dies Folgen für die Akzeptanz des demokratischen Systems. Und dieser Zustand ist bald erreicht. Fast ein Drittel der 21 Millionen Rent-

und zur Kaufkraft setzen, dennoch bleibt Deutschland auf Platz acht in der Europäischen Union.

Eine Grundrente, die keine ist

An der Altersarmut werden Konzepte wie eine in den Sondierungsgesprächen zwischen SPD und CDU/CSU vereinbarte Grundrente wenig ändern, die geringe Renten etwa zehn Prozent über das regionale Grundsicherungsniveau (etwa 800 Euro) heben soll. Um solch eine Grundrente zu erhalten, muß man dann mindestens 35 Beitragsjahre (Erziehungszeiten, Pflegezeiten sollen angerechnet werden) vorweisen können. Im Jahre 2016 aber lag die durchschnittliche Beitragszeit bei Männern bei 31,9 Jahren, bei Frauen bei 21,8 Jahren. 33 Prozent der aktuellen Bezieher von Grundsicherung wa-

ren überhaupt nie erwerbstätig. Das große Problem wird so nicht gelöst, sondern mit dem Begriff der Grundrente medienwirksam zugelegt: eine Grundrente, die genau genommen keine Grundrente ist, sondern nur einen relativ kleinen Personenkreis anspricht.

Unser Nachbarland Österreich zeigt dagegen, wie es besser, wie es sozialer geht. Hier hat man nicht auf private Vorsorge gesetzt, hier hat man nicht Versicherungsunternehmen die Taschen gefüllt, indem die Regierung die private Vorsorge propagiert hat. Man muß wissen, daß das deutsche und das österreichische System sich mal sehr ähnlich waren. Dann hat die rot-grüne Koalition in Deutschland in enger Zusammenarbeit mit der Versicherungswirtschaft die private Vorsorge eingeführt und die staatliche Rente gekürzt, Österreich dagegen die staatliche Rente ausgebaut, indem Beamte, Geringverdiener und Selbstständige jetzt ebenfalls in die staatliche Rentenkasse einzahlen müssen. Ergebnis: Ein Rentner in Österreich erhält nach 45 Arbeitsjahren 80 Prozent seines durchschnittlichen Bruttogehaltes. In Zahlen: Die durchschnittliche Rente liegt in Deutschland bei 909 Euro, in Österreich erhält der gleiche Pensionär 1436 Euro (Stand 2017). Dazu gibt es in Österreich im Gegensatz zu Deutschland eine Mindestrente, sie liegt für Alleinstehende bei 890 Euro im Monat, für Paare bei 1334 Euro. Dabei wird in Österreich nur das Einkommen, nicht aber das Vermögen überprüft. Noch ein Beispiel, das die dramatischen Unterschiede deutlich belegt: Wenn eine Angestellte mit 2800 brutto nach einem normalen Arbeitsleben in Rente geht, bekommt sie in Österreich netto 1834 Rente, in Deutschland 1070. Eine Differenz von fast 800 Euro (Stand 2017)! Man muß fairerweise hinzufügen, daß der Lebensunterhalt in Österreich um etwa fünf Prozent über dem in Deutschland liegt, doch bleibt der Unterschied dennoch enorm. Auch wird das Rentenalter in Österreich im Gegensatz zu Deutschland nicht erhöht, es bleibt bei 65 Jahren. Die Frauen gehen sogar mit 60 Jahren in die Rente. Zwar müssen die Rentner in Österreich mehr einzahlen: der Beitragsatz liegt dort bei 22,8 Prozent, bei uns sind es 18,7 Prozent. Addiert man allerdings noch die Belastung, die für einen sogenannten Riestervertrag (private Rentenzusatzversicherung) dazu kommt, kommt man fast auf gleichen Beiträge.

In Deutschland wehren sich vor allem die Beamten gegen eine Reform des Rentensystems. Ihre Privilegien sind in Österreich abgeschafft, auch ist der Arbeitgeberanteil im Alpenland um zwei Prozent höher. In Deutschland kommt Widerstand gegen eine Rentenreform deshalb auch aus den Reihen der Arbeitgeberverbände. Ihr Einfluß auf politische Entscheidungen in der Postdemokratie ist offensichtlich.

Der 1. Mai als Feiertag geht auf das Jahr 1886 zurück, als in den USA gleichentags ein Generalstreik von etwa 400 000 Beschäftigten zur Einforderung des Acht-Stunden-Tages begann.

Jürgen Gansel

Am Abend des 1. Mai 1886 hielt der Chefredakteur der *Arbeiter-Zeitung* auf dem Chicagoer Haymarket eine flammende Rede vor Arbeitern. Auf diese Versammlung folgte ein mehrtägiger Streik, der in gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizisten mündete. Nach einem Bombenwurf, dem mehrere Polizisten zum Opfer fielen, kam es zu regelrechten Gefechten mit zahlreichen toten Arbeitern. Die blutigen Arbeiterkämpfe in Chicago gingen als Haymarket Affair in die amerikanische Geschichte ein.

Im Juli 1889 erklärte der Internationale Arbeiterkongress in Paris den 1. Mai in Erinnerung an dieses Ereignis zum »Weltfeiertag der Arbeit« und – martialischer – zum »Kampftag der Arbeiterbewegung«. In einer vom Franzosen Raymond Felix Lavigne verfaßten Resolution wurde die Absicht so beschrieben: »Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen.«

Ein Jahr später passierte genau das. Am 1. Mai 1890 gingen in Europa hunderttausende Menschen auf die Straße und begingen erstmalig den »Tag der Arbeit«. Auch die deutschen Arbeiter forderten mit großen Aufzügen die Einführung des Acht-Stunden-Tages und allgemein bessere Arbeitsbedingungen. Nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) beteiligten sich am 1. Mai 1890 hierzu etwa 100 000 Arbeiter an Streiks, Demonstrationen und Maispaziergängen.



Vorbildliche Sozialgesetzgebung

Zu diesem Zeitpunkt war in Deutschland durch die legendäre Sozialgesetzgebung Otto von Bismarcks schon vergleichsweise viel für die soziale Besserstellung aller Volksschichten getan worden. 1881 hatte der Kaiser im Reichstag ein großes sozialpolitisches Programm für die Versorgung der Arbeiter bei Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter angekündigt. 1883 regelte ein erstes Gesetz die Krankenversicherung der Arbeiter. 1884 folgte das Gesetz zur Unfallversicherung. Abgeschlossen wurde das seinerzeit einmalige sozialpolitische Reformwerk im Jahr 1889 mit der Invaliditäts- und Altersversicherung. 1888 bestieg Wilhelm II. den deutschen Thron und wollte die Arbeiterschaft durch weitere soziale Reformschritte mit dem Staat versöhnen. So weigerte sich der Kaiser auch, Soldaten zur Niederschlagung eines Streiks im Ruhrgebiet zu schicken. Laut Bismarck schimpfte Wilhelm II. auf die Reichen, die die Arbeiterproteste gewaltsam niederschlagen lassen wollten. »Die Unternehmer und Aktionäre müßten nachgeben, die Arbeiter seien seine Untertanen, für die er zu sorgen habe. Wollten die industriellen Millionäre ihm nicht zu Willen sein, so würde

er seine Truppen zurückziehen. Wenn dann die Villen der reichen Besitzer und Direktoren in Brand gesteckt, ihre Gärten zertreten würden, so würden sie schon klein werden«, erinnerte sich der Reichskanzler an Wilhelms Worte.

Trotz der sozialpolitischen Fortschrittlichkeit des Kaiserreichs wurde auch in Deutschland der utopische Internationalismus zum Leitgedanken des Maifeiertages. Arbeiterführer August Bebel (1840–1913) nannte als dessen Hauptzweck, »dem Gedanken der Solidarität der Arbeiterklasse in allen Kulturländern Ausdruck zu geben«. In der Folgezeit entwickelte sich rund um den 1. Mai eine eigene Feiernkultur mit speziellen Postkarten, Transparenten, Denkschriften und vielem mehr. Bald hieß es dichterisch: »Acht Stunden Arbeit, Erholung, Schlaf – hält Leib und Seele gesund und brav.« In biblischer Metaphorik war auf einer Maipostkarte aus dem Jahr 1900 zu lesen: »Die Arbeiter sind der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft aufgebaut wird.«

Kampf um den 1. Mai als Feiertag

Nach der Ausrufung der Weimarer Republik erklärte die Nationalversammlung im April 1919 den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag. Das Gesetz blieb

jedoch auf den 1. Mai dieses Jahres beschränkt, weil eine endgültige Feiertagsregelung erst nach Abschluß des Versailler Diktatfriedens erfolgen sollte. Versuche des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), den Tag der Arbeit deutschlandweit über das Jahr 1919 hinaus als gesetzlichen Feiertag zu verankern, blieben erfolglos. Teile der bürgerlichen Parteien lehnten das mit der Begründung ab, daß dieser Feiertag nur gewerkschaftlichen Sonderinteressen und nicht dem ganzen Volk diene. Kompromißvorschläge für einen allgemeinen Volksfeiertag zur Klassenversöhnung scheiterten an der radikalen Linken und kapitalistischen Lobbyisten. Im Zentralorgan der Unternehmerverbände hieß es damals beispielsweise: »Auch in der Republik gilt der 1. Mai der Propaganda des Umsturzes, der Beseitigung des Privateigentums und der Errichtung der proletarischen Diktatur. Gleichgültigkeit gegenüber der Maifeier bedeutet Kapitulation vor dem Marxismus.«

Aus Angst vor kommunistischen Krawallen verhängte Karl Zörgiebel, der SPD-Polizeipräsident von Berlin, für den 1. Mai 1929 ein Demonstrationsverbot über die Stadt. Die KPD ignorierte das Verbot und zog mit ihren gewaltbereiten Anhängern durch die Straßen. Bei anschließenden Schie-

ßereien wurden 28 Menschen getötet. Der Tag der Arbeit im Jahr 1929 wurde als »Blutmai« bekannt und zeigte die tiefe Zerrissenheit der Arbeiterparteien SPD und KPD.

Zum landesweiten und dauerhaften gesetzlichen Feiertag wurde der 1. Mai erstmals durch die Nationalsozialisten. Ein Reichsgesetz vom 10. April 1933 bezeichnete ihn als »Tag der nationalen Arbeit« und garantierte den Arbeitnehmern die volle Lohnfortzahlung am Festtag. Mitte April 1933 notierte Joseph Goebbels: »Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten.« 1934 erklärte eine Gesetzesnovelle den 1. Mai zu einem »Nationalen Feiertag des deutschen Volkes«.

Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften in Deutschland gleichgeschaltet und deren Häuser besetzt. Gewerkschaften wie Arbeitgeberverbände gingen in der Deutschen Arbeitsfront (DAF) auf. Die DAF-eigene Freizeitorganisation »Kraft durch Freude« (KdF) ermöglichte Millionen Deutschen erstmals wirkliche Urlaubsreisen. Die NS-Führung übernahm nach 1933 bei den Maifeiern bewußt Elemente der sozialistischen Symbolsprache und drückte durch spektakuläre Aktionen ihre Wertschätzung für die Arbeiterschaft aus. Als 1935 ein für die Erweite-

rung der Berliner U-Bahn angelegter Schacht einstürzte, stellte man die dafür verantwortlichen Bauingenieure und Unternehmer schauprozessartig vor Gericht, während die 19 getöteten Arbeiter ein prunkvolles Begräbnis erhielten.

Erstarrte Gewerkschaftsrituale

1946 wurde der 1. Mai durch den Alliierten Kontrollrat als gesetzlicher Feiertag bestätigt. Maikundgebungen gestatteten die Siegermächte trotzdem nur mit Einschränkungen. Auf Anordnung der US-Militärverwaltung durften bei den Umzügen beispielsweise keine Fahnen und Transparente mitgeführt werden. Nach der Gründung der BRD im Jahr 1949 machten die Bundesländer den 1. Mai zu einem Feiertag ohne einheitliche amtliche Bezeichnung. Der DGB übernahm maßgeblich die Organisation und Ausgestaltung der Mai-Veranstaltungen. In der DDR beging die SED-Führung den 1. Mai als »Internationalen Kampf- und Feiertag der Werktätigen für Frieden und Sozialismus« mit großen Mai-Paraden. Im Jahr der deutschen Wiedervereinigung (1990) feierten die Gewerkschaften das 100. Jubiläum des Tages der Arbeit. Wegen erstarrter Rituale, parteipolitischer Instrumentalisierung und linker Phrasendrescherei sinken die Teilnehmerzahlen bei den klassischen Mai-Kundgebungen des DGB aber seit Jahren. Regelmäßig mißbrauchen linke Chaoten den 1. Mai für gewalttätige Ausschreitungen.

Traditionell begeht auch die NPD den 1. Mai, um in klarer Abgrenzung zu Globalisierung und Internationalismus für die Rechte deutscher Arbeitnehmer einzutreten. Die NPD-Lozung »Sozial geht nur national« fußt auf der Erkenntnis, daß es keine soziale Solidarität ohne nationale Solidarität und keinen Sozialstaat ohne Nationalstaat geben kann. Nationaldemokraten sagen: Das Kapital hat der Wirtschaft zu dienen und die Wirtschaft dem Volk und niemals das Volk der Wirtschaft. ➤

- ☐ Ich bitte um kostenlose Übersendung von Infomaterial.
- ☐ Ich interessiere mich für die politische Arbeit des Rings Nationaler Frauen (RNF).
- ☐ Bitte senden Sie mir Informationsmaterial zu Ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) zu.
- ☐ Ich möchte Mitglied der NPD werden.
- ☐ Ihr Gemeinschaftsprojekt »Deutsche helfen Deutschen« gefällt mir: Bitte informieren Sie mich!

Name, Vorname

Straße, Nr., Ort

eMail Telefonnummer

Spenden:
NPD-Parteivorstand
IBAN: DE 80 1005 0000 6600 0991 92
BIC: BELDEB33XXX
Berliner Sparkasse

Verwendungszweck: »Spende«, Name und Anschrift
Unterstützen Sie uns jetzt mit Ihrer Spende! Jeder Euro zählt – und Ihre Hilfe ist zu 50 % steuerlich absetzbar. Herzlichen Dank!

Liebe Interessentin, lieber Interessent!

Vielleicht halten Sie heute erstmals eine Schrift der **Nationaldemokratischen Partei Deutschlands** in der Hand, und erstmalig haben Sie Gelegenheit, sich ein eigenes Bild vom Wesen und politischen Wollen der NPD zu machen, ungetrübt durch einseitig-verzerrende Darstellungen in den Medien, die nicht selten völlig zu Recht den Namen »Lügenpresse« verliehen bekommen haben.

Die NPD steht für die Gemeinschaft

Die NPD ist die »Mutter der Überfremdungskritik«. Sie warnte vor einer völlig aus dem Ruder gelaufenen Ausländer- und Asylpolitik schon, als andere noch schliefen – oder Karriere bei der CDU machten. Sie ging schon auf die Straße, um für die Rechte der Deutschen

zu demonstrieren, als andere noch über die Renditemaximierung ihres Hedgefonds nachdachten. Sie ist aber auch die einzige Partei, die konsequent die soziale Frage mit der nationalen Frage verbindet. Sozialstaat und Nationalstaat sind zwei Seiten ein- und derselben Medaille. Soziale Gerechtigkeit läßt sich nur in der Gemeinschaft des Volkes verwirklichen. Wenn Sie diese Grundüberzeugung teilen – und für diese zu kämpfen bereit sind – dann sind Sie bei uns richtig.

Worauf warten Sie eigentlich noch?

Frank Franz
Frank Franz
NPD-Parteivorsitzender



Knapp 9,5 Milliarden Euro waren im Bundeshaushalt 2017 für das Familienministerium eingestellt. Dies entspricht nicht einmal der Hälfte der Summe, die von der schwarz-roten Bundesregierung für die Folgen der Asylflut, Resultat einer Politik der offenen Grenzen, ausgegeben worden ist.

Sascha A. Roßmüller

Ohne Familien kein Volk, ohne Kinder keine Zukunft!



Die Familie ist das Fundament staatlicher Gemeinschaft und muß daher auch einen dementsprechenden politischen Stellenwert einnehmen.

Vor unseren Augen vollzieht sich ein Bevölkerungsaustausch, den die Bundesregierung finanziert. In Anbetracht des Ausmaßes der Preisgabe unserer Heimat möchte man fast sagen, landesverräterisch finanziert.

Laut UNO-Prognosen wird der Bevölkerungszuwachs in Afrika um 1,5 Milliarden Menschen bis 2050 zu einem Wanderungsdruck auf Europa führen, so daß dann hier mehr zugewanderte (!) als einheimische Bevölkerung leben wird – in nur etwas mehr als drei Jahrzehnten, falls nicht die Europäische Union der offenen Grenzen durch eine zu schaffende Festung Europa ersetzt wird. Zudem unterstützt die Regierung mit mehr als acht Milliarden Euro an Entwicklungshilfeausgaben die explosionsartige Bevölkerungszunahme der Afrikaner, während wir selbst immer weniger werden und überaltern. Laut Amtseid wäre Angela Merkel – die »Kanzlerin der offenen Grenzen« – allerdings dem Wohle des deutschen Volkes verpflichtet. Dieses Wohl dürfte jedoch kaum in seinem Austausch liegen.

Medien und Politik in Deutschland singen nahezu ausschließlich nur noch das Hohelied der Weltoffenheit und Willkommenskultur einer Dekadenzgesellschaft, die Massenabtreibung für ebenso normal hält wie Masseneinwanderung – und homosexuelle Randgruppenpflege anstatt Familienförderung betreibt. Wäre die deutsche Politik eine, die diesen Namen auch verdient, würde sie Kinder anstelle von Zuwanderern

in den Mittelpunkt ihres Wirkens rücken. Und vernünftigerweise sollte dies in der Sorge für das Wohl der bewährten Familienform seinen Ausdruck finden. Es möge nicht vergessen werden, daß deutsche Kinder keiner kostspieligen und zumeist vergeblichen Integrationsbemühungen bedürfen. Deshalb ist auch nicht die Migrations-, sondern die Familienpolitik der Schlüssel, um unserer Wirtschaft ausreichend durch uns selbst ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung zu stellen, die zudem zur Aufrechterhaltung unserer Sozialsysteme beitragen könnten. Außerdem ist Heimat schließlich immer auch der angestammte Menschenschlag, der sie wesentlich ausmacht.

Statt sich Gedanken über Hirngespinnste wie Transgendertoiletten zu machen, sollte die Politik vielmehr die gesamtgesellschaftliche Leistung von Eltern honorieren. Die zumeist fleißigen, erwerbstätigen Eltern in unserem Land leisten neben ihren Steuern und Abgaben durch ihre Verantwortung, Kinder großzuziehen, zudem einen generativen Beitrag zur Funktionsfähigkeit des umlagefinanzierten Sozialversicherungssystems. Die plötzlich vorhandenen Milliardenbeträge, die gegenwärtig für fremde Interessen und Bevölkerungsaustausch durch Zuwanderung ausgegeben werden, würden bei einer nationaldemokratischen Politik, sprich einer Politik aus dem Volk für das Volk, in Maß-

nahmen einer an Kindern orientierten Familienförderung münden.

Auch ist die konjunkturelle Wirkung von milliardenschweren Programmen nicht geringer, wenn sie anstelle von Fremden den Deutschen in ihrem eigenen Land zugute kommen. Wer Wert und Bedeutung der Kindererziehung auch im Sinne des sogenannten Generationenvertrags erkannt hat, dem muß einleuchten, warum Nationaldemokraten die Erziehungsleistung gerade kinderreicher Familien besonders würdigen möchten. Grundsätzlich sind daher aus nationaldemokratischer Sicht eine Reihe familienpolitischer Maßnahmen zu ergreifen (Bitte beachten Sie den nebenstehenden Maßnahmenkatalog!).

Es ist nicht einzusehen, daß die Regierung in wirtschaftlichen Problemfällen auch nur einzelner Sektoren – siehe Bankenkrise – unmittelbar Rettungspakete schnürt oder Konjunkturprogramme auflegt, wie beispielsweise die Abwrackprämie, jedoch die Familien hintanstellt. Die Familie ist das Fundament staatlicher Gemeinschaft und muß daher auch einen dementsprechenden politischen Stellenwert einnehmen.

Grundsätzlich ist dabei festzuhalten, daß sich nach nationaldemokratischem Selbstverständnis sozialpolitische Leistungskataloge des deutschen Staates auf deutsche Staatsbürger als Anspruchsberechtigte beziehen, wobei Nationaldemokraten für eine Rückkehr zum Staatsangehörigkeitsrecht nach dem Abstammungsprinzip eintreten. ➤

Eine FAMILIENPOLITIK, die diesen Namen verdient:

☑ Die für den Rentenbezug anzurechnende bisherige **Erziehungszeit der Mütter** ab dem dritten Kind nach Kinderzahl stetig zu verlängern sowie auch bezüglich der **Entgeltpunkte** die Berechnungsgrundlage nach Kinderzahl gestaffelt **anzuheben**.

☑ Die **Arbeitnehmeranteile der Sozialversicherungsbeiträge** ab dem dritten Kind nach Kinderzahl gestaffelt sowohl arbeitnehmer- als auch arbeitgeberseitig **zu senken** und den Pflegeversicherungsbeitrag ab dem fünften Kind auf Null zu setzen.

☑ Einführung einer **Geschwisterstaffel beim Kindergeld** bis zum fünften Kind sowie deutlicherem Erhöhungsschritt ab dem dritten Kind (vgl. Frankreich).

☑ **Reform des Elterngelds** als einkommensunabhängige Leistung von 36 Monaten.

☑ Steuerliches Elternsplitting mit Divisor 1 je Elternteil und nach Kinderzahl gestaffelt ansteigendem Kinderdivisor (**Familienplitting**) sowie lebenslangem Remanenz-Divisor ab dem dritten Kind*.

☑ **Zinsloses Ehestandsdarlehen** zur Familiengründung, dessen ratenweise Rückzahlung mit dem dritten Kind erlischt.

* Erläuterung der Redaktion: 2004 hat die französische Regierung eine Art »Remanenz-Splitting« eingeführt: Familien, die keine Kinder mehr haben, aber mindestens ein Kind bis zum Alter von 16 Jahren aufgezogen haben, dürfen lebenslang zusätzlich einen Divisor von 0,5 geltend machen (vgl. lat. *remanere* = verbleiben). Unser Autor schlägt vor, im Rahmen des Familiensplittings diese Regelung in Deutschland ab dem dritten Kind einzuführen, um bevölkerungspolitische Anreize zu setzen.

– Anzeige –



Abonnieren Sie jetzt die **Deutsche Stimme!**

Wir schreiben das, was andere sich nicht einmal zu denken trauen.

- ☐ **Jahres-Abo** 12 Ausgaben Inland € 29,00 | Ausland € 36,00 (inkl. Prämie – *Die Rückkehr der echten Rechten*)
☐ **Förder-Abo** 12 Ausgaben Inland € 39,00 | Ausland € 44,00 (inkl. Prämie – *Die Rückkehr der echten Rechten*)
☐ **Probe-Abo** 3 Ausgaben Inland € 5,00 (nur gegen Vorkasse) | Ausland € 10,00 (nur gegen Vorkasse)

ABO-PRÄMIE!

Vorname, Name:

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

Ort

Geburtsdatum

Telefon, e-Post

Kontonummer

BLZ

Bank

Das DS-Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn ich nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums kündige.

Datum:

Unterschrift

☐ Ich zahle mein Probe-Abo bar (Inland: € 5,00 liegen bei!).

☐ Ich zahle mein Probe-Abo bar (Ausland: € 10,00 liegen bei!).

☐ Ich zahle per Rechnung (nur möglich bei Jahres- und Förder-Abo!).

☐ Ich zahle per Vorkasse (Vorausrechnung geht mir zu).

☐ Ich zahle elektronisch (Information geht mir zu).

Coupon ausschneiden, einsenden o. faxen an:

Deutsche Stimme Verlag | Postfach 84 01 58 | 12531 Berlin

IHRE PRÄMIE!

Bei Abschluß eines neuen Jahres- oder Förderabonnements der DS erhalte ich das Buch von Daniel Friberg, **Die Rückkehr der echten Rechten – Handbuch für die wahre Opposition**, im Wert von 12,00 € GRATIS dazu.



Widerrufsgarantie: Meine Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen schriftlich beim DS-Verlag widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: DS-Verlag, G.-Scholl-Str. 4, 01591 Riesa
 V.i.S.d.P.: Peter Schreiber, DS Verlags GmbH, Geschwister-Scholl-Str. 4, 01591 Riesa.

Deutsche Stimme Verlag, Postfach 84 01 58, 12531 Berlin | Telefon (030) 650 110, Fax (0911) 30844-52920

www.deutsche-stimme.de